Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif.
Die 1 spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg., für Familiennachrichten z. 1. bez. 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet.
Die Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2098.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

43. Jahrgang.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Simon's Annen-Hof
Dresden
(im Centrum der Stadt)
Vorzügliches Mittelstands-Hôtel
für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Mässige Preise.
Gutes Restaurant
Nur echte Biere.

Atelier für feine
Corsets
nach Maass.
Grosses Lager von **Paris** und **Brüssel.**
Heinrich Plaul
Hoflieferant
Wallstr. 25

Reisetaschen,
Plaidhüllen, Reise-Necessaires, Apotheken, Reiseflaschen u. **-Gläser** empfiehlt in reichster Auswahl
Bernhard Rüdiger
Wilsdruffer Strasse 5.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath
Wallstr. 8

Sonnenschirme in grösster Auswahl zu billigsten Preisen. Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17. Annenstr. 9 (Stadthaus).

Nr. 191. **Spiegel:** Die Zukunft der Reichsfinanzreform. Hofnachrichten. Gesammtrathssitzung. Diözesan-Versammlung. Allgemeine Deutsche Obstausstellung. Gerichtsverhandlungen. | Muthmaßl. Witterung: Unsicher. | **Mittwoch, 13. Juli 1898.**

Politisches.

Verschiedene Blätter hatten letzthin die Meldung übernommen, daß dem Reichstag bereits in der nächsten Session eine erneute Vorlage über die Reichsfinanzreform zugehen werde. Inzwischen ist allerdings von berufener Seite erklärt worden, daß jene Nachricht der thatsächlichen Unterlage entbehre, unter Hinweis darauf, daß bei der Reichsregierung ohne zwingende Noth keine Neigung zur Herbeiführung einer sicheren parlamentarischen Niederlage vorausgesetzt werden dürfe, wie sie nach der ablehnenden Haltung des Centrums in dieser Frage zur Zeit unvermeidlich erscheinen müsse. Gleichwohl kann es nicht zweifelhaft sein und ist auch in der Richtigstellung der erwähnten Notiz ausdrücklich betont worden, daß die Regierung nach wie vor an der grundsätzlichen Nothwendigkeit einer Reichsfinanzreform unentwegt festhält und sich dabei in engster Fühlung mit den Finanzministerien der Einzelstaaten befindet. Sollte daher einmal eine solche Verschlechterung der allgemeinen finanziellen Lage eintreten, daß die Staatsraison die unverzügliche Scheidung zwischen der Finanzgebahrung des Reiches und der Einzelstaaten gebieterisch verlangen würde, so wäre die Reichsregierung auch sofort mit einem entsprechenden Entwurf wieder am Platze, und zwar in solchem Falle ohne Rücksicht auf die parlamentarische Konstellation. Da aber zur Zeit ein unmittelbarer wirthschaftspolitischer Zwang zur Einbringung einer Finanzreformvorlage nicht besteht, so handelt die Regierung völlig korrekt, wenn sie sich nicht unnütz der Gefahr eines abermaligen Abfalls im Reichstage aussetzen, sondern nur nach sorgfältiger Sondirung der parteipolitischen Verhältnisse mit der bestimmten Aussicht auf Erfolg den dritten Schritt unternehmen will, vor dem sie in der Angelegenheit steht. So lange demnach nicht die bittere Noth als finanzielle Lehrmeisterin mit der Ruthe dahintersteckt, hängt die weitere Initiative der Regierung auf dem Gebiet der Reichsfinanzreform davon ab, ob nach Fühlungnahme mit den Parteien auf eine Mehrheit gerechnet werden darf, die auch ohne das Eingreifen schlechter Zeiten das überzeugende Gewicht der zu Gunsten der Reform sprechenden Gründe anerkennt und sich dadurch zur Mithilfe bei dem Zustandebringen eines Gesetzentwurfs willig finden läßt. Bei dieser Sachlage tritt die Frage der Reichsfinanzreform eigentlich niemals aus dem Rahmen der Aktualität heraus, sondern befindet sich ununterbrochen im Zustande der Erörterungsbereitschaft. Es erscheint daher auch bei der jetzigen Gelegenheit angebracht, daß die Grundzüge der geplanten Reform nebst ihrem historischen Verlaufe nochmals in Kürze dargelegt werden.

Der ursprüngliche Entwurf greift auf das Jahr 1893 zurück und verfolgte den Zweck, den Bundesstaaten einen bestimmten Ueberschuß der Ueberweisungen über die Matrikularumlagen zu sichern. Den Einzelstaaten wurde darnach eine jährliche wirkliche Ueberweisung von 40 Millionen Mark vom Reiche gewährleistet. Damit sollte nicht ausgeschlossen sein, daß im Reichsvoranschlag ein höherer Betrag zu Gunsten der Einzelstaaten angesetzt würde. Unter keinen Umständen aber sollte mehr als der veranschlagte Betrag oder weniger als 40 Millionen überwiesen werden. Etwaige Ueberschüsse verblieben dem Reiche und flossen zunächst in einen Reservefonds, der bis zur Höhe von 40 Millionen angesammelt werden und dann zur Schuldentilgung dienen sollte. Es sollte demnach zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten ein so festes Verhältniß geschaffen werden, daß jedes künftige Zurückgreifen auf die Kassen der Einzelstaaten behufs Deckung von Fehlbeträgen im Reiche ausgeschlossen gewesen wäre. Etwaige Fehlbeträge im Reichshaushalt selbst sollten dann durch Zuschläge zu den Reichsstempel- und Verbrauchsabgaben aufgebracht werden.

Nachdem der gekennzeichnete erste Entwurf bereits in der Kommission des Reichstags ein vorzeitiges Ende gefunden hatte, versuchte die Regierung im Jahre 1895 auf einem anderen Wege an's Ziel zu gelangen, indem die Bundesstaaten nicht eine feste Rate vom Reiche beziehen, sondern nur gegen Herauszahlungen an das Reich im Falle des Ueberschusses der Matrikularumlagen über die Ueberweisungen gesichert werden sollten. Es sollte eine finanzielle Scheidewand zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten aufgerichtet werden. Das Reich durfte nach dem neuen Entwurf unter keinen Umständen auch nur einen Heller mehr von den Einzelstaaten einfordern als es ihnen herauszahlte, und die Einzelstaaten sollten unter keinen Umständen mehr erhalten als die im Voranschlag angesetzte Summe. Wenn aus den sogenannten Ueberweisungssteuern (Zölle, Branntwein-, Stempelsteuern) eine über den Voranschlag hinausgehende Summe einkäme, so sollte das Mehr, wie nach dem ersten Entwurf, in einem Reservefonds aufgespeichert werden. Die Deckung eines Fehlbetrags im Reiche war in derselben Form wie bei der ursprünglichen Vorlage vorgesehen.

Auch der zweite Entwurf fand keine Gnade vor den Augen des Reichstags und verschwand geräuschlos in der Versenkung, die die Finanzpolitiker von Centrums Gnaden ihm aufthaten. Da aber Herr Dr. Lieber und seine Getreuen doch Bedenken trugen, das Odium eines rein negativen Ergebnisses der Berathungen auf sich zu nehmen, so schnitten sie aus dem Gewand der Reichsfinanzreform einen Fetzen heraus, versahen ihn mit der Inschrift: „Lex Lieber, Reichsschuldentilgung!" und ließen ihn so als parlamentarischen Renommirwimpel vom Centrumsthurm herniederflattern. Nach diesem finanziellen Flickgesetz sollen die über den Voranschlag hinausgehenden Reichsüberschüsse zur Hälfte der Schuldentilgung dienen. Damit aber das Centrum Gelegenheit haben kann, alljährlich sein finanzpolitisches Licht im Reichstag leuchten zu lassen, ist jene Bestimmung nicht auf die Dauer getroffen worden, sondern wird alljährlich in Form eines besonderen Antrags wiederholt, den Herr Dr. Lieber mit unendlichem Behagen bei der Etatsberathung an den Mann zu bringen pflegt.

So steht die Sache der Reichsfinanzreform zur Zeit. Wenn man sich die Mühe nimmt, den Dingen etwas tiefer auf den Grund zu gehen, so wird man unschwer die beiden treibenden feindlichen Kräfte erkennen, die sich hier gegenüber stehen: auf der einen Seite die von falschen Popularitätsinstinkten beherrschten Anhänger der direkten Besteuerung vom Schlage der Centrumspolitiker, auf der anderen die von wahrhaft rationellen finanzpolitischen Beweggründen geleiteten Politiker der nationalen Schule, die die finanzielle Selbstständigmachung des Reiches auf der Grundlage des indirekten Steuersystems ohne drückende Belastung der nothwendigen Lebensmittel als eine unabweisbare Nothwendigkeit anerkennen. Das gegenwärtige Verhältniß zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten hat die höchst ungerechte und drückende Folge, daß im Falle der Ueberschreitung der Ueberweisungen durch die Matrikularumlagen die Zuschüsse der Einzelstaaten nach der Kopfzahl der Bevölkerung auferlegt werden. Das ist ein ganz unerträglicher Zustand für Staaten, die wie Preußen und Sachsen, ihr ganzes Steuersystem nach dem Grundsatz der wirthschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Bevölkerungsklassen zugeschnitten haben. Es mag daher im Interesse des Ansehens des Reiches bedauerlich sein, ist aber nur natürlich und unvermeidlich, daß von den Landtagen der Einzelstaaten fortgesetzt der schärfste Widerstand gegen die falsche Finanzpolitik des Reichstags ausgeht. Die Kundgebungen dieser Art in den Volksvertretungen Preußens und Sachsens sind noch in frischer Erinnerung. Neuerdings ist auch der braunschweigische Landtag mit einem ähnlichen Pronunciamento hervorgetreten, indem er den Beschluß faßte, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrath dahin zu wirken, daß die eigenen Einnahmen des Reiches durch Vermehrung der indirekten Steuern derart erhöht werden, daß die Ueberweisungen an die Einzelstaaten die Matrikularbeiträge jährlich um 40 Millionen Mark übersteigen. Die braunschweigische Landesvertretung ist damit auf den Gedanken der Reichsfinanzreform von 1893 wieder zurückgekommen und hat dem neuen Reichstag mit Muth und Einsicht eine Richtschnur gegeben, wie er sich auf dem Gebiete der steuerpolitischen Auseinandersetzung zwischen dem Reich und den Einzelstaaten zu verhalten hat, wenn er das wahre Wohl des Reiches im Ganzen und aller seiner Glieder im Einzelnen fördern will. Im Gegensatz zu dieser gesunden Auffassung bestreben sich die demokratisch-sozialistischen Kreise krampfhaft, die Bevölkerung durch das verbrauchte Schlagwort von der Vertheuerung der nothwendigen Lebensmittel aufzuhetzen und die nach ihrer Meinung auf ewige Zeiten beizubehaltende Beschränkung der indirekten Steuern auf den gegenwärtig bestehenden Umfang als ein ewiges Menschenrecht zu behandeln, das jedem deutschen Staatsbürger bei der Geburt in die Wiege gelegt wird. Sie mögen ruhig lärmen! Die Macht der Thatsachen und die Folgerichtigkeit der wirthschaftlichen Entwickelung, die schon mit so manchem radikalen Unsinn radikal aufgeräumt haben, werden mit der Zeit auch hier dem Richtigen zum Siege verhelfen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 12. Juli.

Berlin. Dem König von Württemberg wurde der Hosenband-Orden verliehen. Der Herzog von Coburg begiebt sich demnächst nach Stuttgart zur Investitur. — Der „Post" wird geschrieben: Die Fürstin zu Schaumburg-Lippe empfing kürzlich zu Langenschwalbach den Besuch des Regierungsraths Grafen zur Lippe-Weißenfeld aus Wiesbaden. Die Beziehungen des fürstlichen Hauses zu der Weißenfelder Linie, die selbst während des Thronstreites jeder persönlichen Schärfe entbehrten, haben sich wieder zu ganz normalen gesteigert, wie auch der Chef der Weißenfelder Linie, Graf Ferdinand zur Lippe, wiederholt persönliche Zusammenkünfte mit dem Fürsten und der Fürstin zu Schaumburg-Lippe hatte. — Prinz von Arenberg hat aus Gesundheitsrücksichten den ihm angebotenen Vorsitz der Crefelder Katholikenversammlung endgiltig abgelehnt.

Stettin. Das hiesige Oberlandesgericht sprach heute den Verleger der „Stettiner Zeitung", der wegen Beleidigung des früheren Landtagspräsidenten v. Köller verurtheilt worden war, frei. Die Verurtheilung der ersten Instanz war damit begründet worden, daß der Angeklagte keine Umstände anführen konnte, weswegen er hätte verhindert sein sollen, von den beleidigenden Artikeln Kenntniß zu nehmen und sie zu inspiriren.

Köln. Gegen den Vorgebirgs-Bahnzug wurde ein erneuter Anschlag verübt, indem wiederum schwere Steine auf das Gleis bei Bonn gewälzt wurden und der dicht besetzte Zug in große Gefahr gebracht ward. Der Zugführer bemerkte die Steinklötze und brachte den Zug rechtzeitig zum Stehen. Die Staatsanwaltschaft leitete die strengste Untersuchung ein. Bisher ist der Thäter der jüngsten Entgleisung, bei welcher zahlreiche Wagen zertrümmert, ein Passagier verletzt und der Heizer getödtet wurden, noch unentdeckt.

Wien. Die „N. Fr. Pr." schreibt: An der heutigen Sitzung der Obmänner-Konferenz wird der Abgeordnete Schlesinger, der aus Prag hierher gerufen wurde, theilnehmen. Bei den Verhandlungen mit den Vertretern des Polenklubs, denen Graf Thun gleichfalls den Entwurf zur Regelung der Sprachenfrage mittheilte, erklärte der Ministerpräsident, der Reichsrath werde jedenfalls im August einberufen werden. Wenn eine Einigung mit den Deutschen zu Stande komme, dann solle der Reichsrath das Sprachengesetz berathen und die Verhandlungen über den Ausgleich mit Ungarn beginnen. Im anderen Falle solle die Aktionsunfähigkeit des Parlaments festgestellt werden.

Pest. Aus Siebenbürgen laufen fortgesetzt Hiobsposten ein über den gewaltigen Schaden, den Regen und Hochwasser angerichtet haben.

* **Paris.** Kammer. Der Sozialist Fournière will wegen des letzten Briefes Picquart's interpelliren. Der Ministerpräsident schlägt vor, den Antrag auf einen Monat zu vertagen. Cavaignac meint, die Kammer werde nicht alle Tage diese Frage diskutiren wollen, worüber die Regierung Aufklärung gegeben habe. Das Haus könne auf die Erklärung einer Person, welche die in Frage stehenden Schriftstücke nie gegeben, sich nicht einlassen. (Zustimmung.) Die Vertagung auf einen Monat wird hierauf mit 498 gegen 24 Stimmen genehmigt.

Paris. Der „Figaro" erklärt die Meldung von der Verlobung des Prinzen Louis Napoleon mit der Großfürstin Helene für unbegründet. — Major Berlioz, der Gegenkandidat des früheren Arbeitsministers Turrel, dessen Wahl für ungiltig erklärt wurde, erneuerte bei der Staatsanwaltschaft seine bereits einmal abgewiesene Strafanzeige gegen Turrel wegen Hinterziehung amtlicher Dokumente.

* **Rom.** Die Kammer nahm die Regierungsvorlage betreffend Maßregeln für die öffentliche Ordnung an und vertagte sich dann auf unbestimmte Zeit.

Antwerpen. Der spanische Hilfskreuzer „Ciudad de Cadiz" ist letzte Nacht mit 10 Kanonen und 150 Mann Besatzung hier eingetroffen.

Antwerpen. Heute früh, als der Kommissar der Seebehörde sich an Bord des spanischen Hilfskreuzers „Ciudad de Cadiz" begeben wollte, lichtete dieser die Anker und dampfte wieder ab. Der Bestimmungsort des Schiffes ist unbekannt.

London. Der „Standard" läßt sich über Berlin melden, die Königin-Regentin von Spanien sei gewillt, die Unterhandlungen mit den Vereinigten Staaten ohne Vermittelung der Mächte anzuknüpfen, vorausgesetzt, daß die Bedingungen nicht zu hart seien. Ihr äußerstes Zugeständniß sei gegenwärtig die völlige Unabhängigkeit Cubas. — Der Kommandant von Santiago soll einem Gerücht zufolge, die Kapitulation angeboten haben.

Sofia. Die Regierung schloß mit einer Gruppe französischer Banken eine Anleihe von 10 Mill. Frcs. ab.

New-York. Der „New-York Herald" erklärt die Madrider Nachricht für unbegründet, daß die Vereinigten Staaten als Friedensbedingungen die Abtretung von Cuba, Portorico und eines Hafens der kanarischen Inseln, sowie eine Kriegsentschädigung von 240 Mill. Doll. gefordert hätten und daß die Philippinen als Unterpfand für die Zahlung dieser Summe zurückbehalten werden sollten. Ein Mitglied des Kabinets erklärt, die Regierung habe keinerlei Vorschläge gemacht.

* **Washington.** Ein Telegramm des Generals Shafter vom 11. Juli Abends meldet: Der ganze Tag verlief ziemlich ruhig, es wurde wenig geschlagen. Seit zwei Stunden ist die Parlamentärflagge gehißt. Ich berathe über den Antrag wegen der Uebergabe Santiagos. Ich habe die Stadt vollständig eingeschlossen. An der Nordküste sind die Linien vervollständigt. Zwei neue Batterien werden morgen aufgestellt. Unter den aus Santiago Geflüchteten herrscht großes Elend; ich thue das Möglichste, um es zu lindern, aber bisher ohne jeglichen Erfolg.

Die heutige **Berliner Börse** verlief sehr still, für viele sonst begünstigte Werthe waren Anfangs kaum Kurse zu erfahren. Die Kurse bröckelten leicht ab, zumal als Meldungen eintrafen, wonach Spanien auf Grund der unter der Hand gemachten Vorschläge nicht gewillt sei, Frieden zu schließen. Später zeigte sich zwar etwas Deckungsbegehr, doch übte derselbe auf die Tendenz wenig Einfluß aus. Banken schwächer. Von Eisenbahnen waren Dortmund-Gronauer trotz besserer Einnahmen schwächer, von fremden Prince Henri angeboten. Bergwerke gleichfalls niedriger. Renten still, Russen behauptet. Spanier steigend. Heimische Fonds abgeschwächt. Privatdiskont 3¼ Proz. — Für Loco-**Spiritus** zeigte sich rege Nachfrage, 70er 10 Pfg. höher. Termine geschäftslos. Preise nominell. Im **Getreide**-Verkehr trat heute eine Erholung ein, doch war das Geschäft unbedeutend, später verlautete es, so daß die Preise nur als nominell bezeichnet werden können. Weizen und Roggen zogen etwa 0,50–0,75 Mk. an. Hafer schwach. Nach Ermittelung der Centralnotirungsstelle der preußischen Landwirthschaftskammern wurden bezahlt in Berlin: Weizen 203, Roggen 146, Hafer 173 Mk.; Stettin-Stadt: Weizen 205, Roggen 146, Hafer 146 Mk. — **Wetter**: Vorwiegend bedeckt, Nordwestwind.

Frankfurt a. M. (Schluß). Credit 304.00. Discomto 199.85. Dresdner Bank —.—. Staatsbahn —.—. Lombarden —.—. Laurahütte 199.40. Ungar. Gold —.—. Portugiesen —.—. Still.

Paris. (3 Uhr Nachmittags.) Rente 103.15. Italiener 92.50. Spanier 36.00. Portugiesen —.—. Türken 22.57. Türkenloose 109.50. Ottomanbank 547.00. Staatsbahn 700.00. Lombarden 172.00. Ruhig.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Juli 24.10, per Septbr.-Dezbr. 21.—, matt. Rüböl per Juli 50.00, per Januar-April 48.25, bey. Spiritus per Juli 43.25, per Januar-April 43.75, steigend.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per November 177. Roggen per Oktober 119.

Oertliches und Sächsisches.

— Gestern Nachmittag 6 Uhr 12 Min. traf Se. Hoheit der Herzog von Sachsen-Meiningen und Hildburghausen in Begleitung seines Flügeladjutanten Majors v. Kutzleben hier ein, um sich zum Besuche Ihrer Königl. Majestäten in's Sommer-Hoflager Pillnitz zu begeben. Der Herzog wurde im Allerhöchsten Auftrage auf dem Leipziger Bahnhof von Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Friedrich August, welcher in Begleitung des Premierleutnants v. Heygendorff erschienen war, sowie von dem als Ehrendienst befehligten Kommandeur des Königl. Sächs. 2. Ulanen-Regiments Nr. 18, Oberstleutnant Schmalz, empfangen und zu Wagen nach dem Königl. Schlosse Pillnitz geleitet, wo Se. Hoheit Wohnung genommen hat. Gestern Nachmittag um 5 Uhr fand bei Ihren Königl. Majestäten Hoftafel statt, an welcher Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich August, Se. Hoheit der Herzog von Sachsen-Meiningen und die Damen und Herren des Dienstes theilnahmen und zu der Einladungen ergangen waren an Ihre Excellenzen die Staatsminister v. Metzsch und v. d. Planitz. Se. Hoheit der Herzog verläßt Dresden heute wieder.

— Ihre Hoheit die Herzogin Adelheid zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg ist nach viermonatigem Aufenthalt gestern von Primkenau nach Dresden abgereist.

— Se. Majestät der König hat genehmigt, daß die Nachgenannten die von Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland ihnen verliehenen Ordensdekorationen annehmen und tragen, und zwar: der Oberhofmarschall Graf Vitzthum v. Eckstädt und der Oberstallmeister Generalleutnant v. Ehrenstein den St. Annenorden erster Klasse; der Wirkliche Geheime Rath, Kämmerer und Oberceremonienmeister v. Metzsch-Reichenbach, der Hausmarschall v. Carlowitz-Hartitzsch und der Oberhofmeister v. Marlortie den St. Stanislausorden erster Klasse; der Hofmarschall Freiherr v. d. Busche-Streithorst und der Hofmarschall v. Haugk den St. Stanislausorden zweiter Klasse mit dem Stern und der Ceremonienmeister Freiherr v. Könneritz den St. Annenorden zweiter Klasse.

— Se. Excellenz Kultusminister Dr. v. Seydewitz besichtigte vorgestern in Begleitung des Herrn Geh. Schulrath Kockel in Frankenberg die 1. Bürgerschule und später die Realschule.

— Von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Oldenburg ward dem Königl. Schloßverwalter Ernst Reuter zu Pillnitz das Ehrenkreuz 1. Klasse vom Oldenburg'schen Haus- und Verdienstorden verliehen.

Friedrich & Glöckner streichf. Oelfarben, Firnisse, Fussboden-Schnelltrocken-Farben, Lacke, Zimmer-...
...str. 15. Schäferstr. 12. Bautznerstr. 27b. Pieschen und Löbtau.

SLUB
Wir führen Wissen.